

Energiepolitik: Wie der Neubau von Kohlekraftwerken das Klima zerstört.

Deutschland muss Treibhausgase um 40 Prozent verringern

Die aktuellen Ausbaupläne für neue Kohlekraftwerke in Deutschland sind Gift fürs Klima. Zu viele Standorte sind in Planung und die einzelnen Anlagen sind meistens überdimensioniert. Der Ausweg: Bei der Planung neuer Kraftwerke muss dem Klimaschutz absoluter Vorrang eingeräumt werden. Greenpeace fordert deshalb kleine dezentrale Kraftwerke, bei denen die Wärme durch die so genannte Kraft-Wärme-Kopplungs-Technik bei der Stromerzeugung mitgenutzt wird. Nur so werden die für effektiven Klimaschutz notwendigen höchsten Effizienz-Kriterien erfüllt.

Klimaschutz - jetzt!

Die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl oder Gas hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem messbaren Anstieg des klimaschädlichen Gases Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre geführt. Die Folge: Die Durchschnittstemperatur steigt weltweit – Untersuchungen für Deutschland zeigen eine Erhöhung der jährlichen Durchschnittstemperatur um 0,8 °C im letzten Jahrhundert.

Und die Erde erwärmt sich schneller als bislang vorhergesagt: Bis zum Ende des Jahrhunderts muss die Menschheit bei anhaltend hohem Klimagas-Ausstoß mit einem Hitzeschub von bis zu 6,4 Grad rechnen - begleitet von Stürmen, Dürren, Überschwemmungen, Hungersnöten und der Ausbreitung von Krankheiten. Zu diesem Ergebnis kamen die Klima-Experten der Vereinten Nationen auf ihrer Tagung im Februar 2007. Angesichts dieser Hiobsbotschaft gibt es keine Alternative: Innerhalb von gut zehn Jahren muss unsere Energieversorgung grundlegend umgestellt werden. Doch Politik und Energiewirtschaft halten trotzdem weiter an der Energieerzeugung mit dreckiger Kohle fest.

Kraftwerksplanungen

Aktuell ist bis 2012 der Bau von 25 neuen Kohlekraftwerken mit einer Kapazität von 24.000 Megawatt in Planung. Sie werden für die kommenden Jahrzehnte die Atmosphäre jährlich mit zusätzlichen 140 Millionen Tonnen CO₂ belasten. Nicht nur, dass die Zahl der Kraftwerke viel zu groß ist. Die einzelnen Kraftwerke sind auch überdimensioniert, und sie sollen auch nicht effizient betrieben werden. Denn die eigentlich ökologisch sinnvolle und hocheffiziente Auskoppelung von Wärme ist meist so gering, dass daraus ein schlechter Gesamtwirkungsgrad der Anlage entsteht.

Der Bau dieser Kraftwerke würde eine klimaschädliche Energieversorgung für Jahrzehnte zementieren – zukünftige Klimaschutzziele wären nicht mehr einzuhalten.

Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass auch über die 2012 auslaufende Vereinbarung des Kyoto-Protokolls hinaus verbindliche mittel- und langfristige Klimaschutzziele erreicht werden. Bisher ist es der Regierung aber nicht gelungen, ein überzeugendes, langfristiges Energieversorgungskonzept festzulegen.

Plan - B

In seiner Studie: „Klimaschutz: Plan B“ stellt Greenpeace dar, wie sich Klimaschutz und ein schnellerer Atomausstieg sinnvoll ergänzen können. Das Aachener Ingenieur- und Beratungsbüro EUTech wurde damit beauftragt, ein nationales Energiekonzept bis 2020 zu erstellen. Basis ist ein vorgezogener Atomausstieg im Jahr 2015, statt wie geplant 2023. Die Studie untersucht, wie der vorzeitige Atomausstieg mit dem Klimaschutzziel vereinbar ist, den Ausstoß von Treibhausgasen in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu senken.

EUtech zeigt, welche Potenziale zur Einsparung von Treibhausgasen in verschiedenen Bereichen, etwa Industrie und private Haushalte, vorhanden sind und wie durch ein Bündel von Maßnahmen das wichtigste Treibhausgas CO₂ eingespart werden kann. Effiziente Erzeugung von Energie, die Förderung Erneuerbarer Energien und die Erschließung von Effizienz-Potentialen bei der Nutzung von Strom, Wärme und Kraftstoffen sind danach die zentralen Elemente einer zukunftsfähigen Energiepolitik, um Versorgungssicherheit und Klimaschutz gleichermaßen zu garantieren.

Mit der Studie stellt Greenpeace ein nationales Energiekonzept bis 2020 vor, das mit einem frühzeitigen Ausstieg aus der Atomkraft eine notwendige Treibhausgasreduktion von 40 Prozent bis 2020 erzielt. Das übergeordnete langfristige Klimaschutzziel sieht eine Reduzierung der Treibhausgase um 80 Prozent bis zur Mitte des Jahrhunderts vor. Dieses Ziel kann aber nur dann erreicht werden, wenn jetzt die Weichen für eine Energiewende gestellt werden.

Kraft-Wärme-Kopplung

Durch den Ausbau der dezentralen Stromerzeugung und Neuinvestitionen in hocheffiziente (Erdgas-)Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) statt in Braun- und Steinkohlekraftwerke ist der 2015 bestehende Kraftwerkspark ausreichend, um den ermittelten Energiebedarf zu decken. Mit KWK-Anlagen lässt sich die Energie des eingesetzten Brennstoffs bis zu 90 Prozent in Strom und Wärme verwandeln. Die Erzeugung kann sehr flexibel an den Verbrauch angepasst werden und ist mit Erdgas auch besonders CO₂-arm.

Damit kann auf den Neubau von Braunkohlekraftwerken, wie das schon begonnene BoA-Projekt der RWE in Neurath oder die von Vattenfall in Boxberg geplante Anlage, verzichtet werden.

Die Ergebnisse der Plan-B-Studie zeigen weiter, dass von der 2020 voraussichtlich zur Verfügung stehenden Leistung des fossilen Großkraftwerksparks in Höhe von 63.000 Megawatt (MW) nur etwa die Hälfte (27.500 MW) zur Bedarfsdeckung benötigt wird. Da der übrige Bedarf mit deutlich effizienteren Technologien wie der Kraft-Wärme-Kopplung und über Erneuerbare Energien gedeckt wird, ist diese Entwicklung zu keinem Zeitpunkt mit Versorgungslücken verbunden.

Klimaschutz statt Kohleschmutz

Die Zubaupläne mit Kohlegroßkraftwerken sind damit weder notwendig, noch angepasst an eine bedarfsgerechte und leicht regelbare Energiebereitstellung, die die Erneuerbaren Energien ergänzt. Kraftwerke die heute geplant werden, müssen den Anforderungen an einen flexiblen Betrieb in einem zukünftigen Energiemix Rechnung tragen.

Verzichtet werden kann ebenfalls auf Kraftwerke mit CO₂-Abscheidung (von der Industrie bewusst falsch als „CO₂-freie-Kraftwerke“ bezeichnet), die mit großer Wahrscheinlichkeit bis 2020 auch nicht im kommerziellen Maßstab zur Verfügung stehen werden. Bei einer nachhaltigen Energieversorgung ist es grundsätzlich nicht zielführend, eine Technologie nutzen zu wollen, die erst große Mengen Kohlendioxid produziert, um diese dann im Untergrund zu lagern und langfristig überwachen zu müssen.

Im Zentrum einer wirksamen Klimaschutzpolitik müssen Energieeinsparung, Energie-Effizienz und eine forcierte Förderung Erneuerbarer Energien stehen. Wir brauchen eine Umstrukturierung unseres Energiesystems: Ausstieg aus der Risikotechnik Atomkraft. Weg von der Verbrennung von Öl und Kohle – hin zu Erneuerbaren Energien.

Greenpeace fordert:

- Vollständiger Verzicht auf den Neubau von klimaschädlichen Braunkohlekraftwerken. Stopp der überdimensionierten Ausbaupläne von Kohlekraftwerken.
- Ausschließlicher Bau hocheffizienter GuD-Kraftwerke oder von KWK-Anlagen, sofern ein Neubau von Kraftwerken erforderlich ist.
- Die Bundesregierung muss sich ohne Wenn und Aber zu einer 40-prozentigen Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen bis 2020 im Verhältnis zum Basisjahr 1990 verpflichten.

Kontakt

Greenpeace e.V.
Große Elbstraße 39
22767 Hamburg
Tel. 040 – 306 18 - 0
www.greenpeace.de/kohlekraft